



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Frankfurt.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

M u s F r a n k f u r t .

Frankfurts Saison morte herrscht nicht, wie in anderen Städten im Hochsommer, sondern gerade jetzt vor Herbstesanfang. Sie hängt größtentheils mit den Bundestagsferien und mit dem allmätigen Stillwerden der Taunusbäder zusammen. Der Lärm des Meßbudenbaues vertreibt sie auch nicht, solange die Börse an ihrer „flauen Haltung“ festhält. Selbst Pischel vermag das Theater nicht zu füllen und bei Herr Berlioz in der Allgem. Ztg. verherrlichten Tongemälden zeichnen sich vornämlich die Logen durch Leerheit aus. Unterdessen steigen die Lebensmittelpreise mit Consequenz, während sie in allen Nachbarstaaten sinken und trotz mancher Zeitungsphantasien von guten Meßhoffnungen weiß die wirkliche Handelswelt nichts davon. Man erkennt es immermehr, die Zeiten der Messen sind vorbei, weil ihre Nothwendigkeiten durch die modernen Verkehrsmittel beseitigt sind. Die Frankfurter Messe gehört fast nur noch dem Kleinhandel und selbst diesem nur für einen beschränkten Kreis von Artikeln und Ortschaften. Wo sich nun alles so tief verwandelt hat, nimmit es sich seltsam genug aus, wenn unsre Stadtbehörden plötzlich eine Verordnung vom Jahre 1798 von neuem in Kraft rufen, um, wie alle Frankfurter Zünfte, so auch die der „Schiebfärcher“ in Schutz zu nehmen, auf daß niemand Packete oder Effecten in der Stadt von einem zum andern Ort transportiren lassen dürfe, außer durch die Herrn „Schiebfärcher.“ Es gehört diese restaurirte Verordnung mit zur Charakteristik der Tendenzen, welche hier die Oberhand haben. Es sah fast wie eine Versöhnung aus, daß am gleichen Tage mit dieser Verordnung jene organischen Gesetze der Bürgerschaft im Entwurf zur Abstimmung vorgelegt wurden, welche allerdings schon von der Constitutionsergänzungsacte des Jahres 1816 verheißen, aber durch jene Bundesbeschlüsse wieder abolirt worden waren, welche 1831 und 32 die ganze 1848 entstandene Verfassung aufhoben. Die Erfüllung der Constitutionsergänzungsacte ist den Vätern des Vaterlandes nach der neuen Oetroyirung der alten Constitution von der gesetzgebenden Versammlung in langen Debatten abgerungen worden, deren zähe Consequenz in den Zeitungen vielleicht nur darum keine allgemeinere Anerkennung fand, weil die Gegner den Vertheidigern den bei den Extremen der Reaction und Demokratie gleichermaßen verfehnten Namen der „Gothaer“ beilegte, mit denen die rein locale Partei doch nur die progressive Bewegung auf dem Gesetzesboden gemein hat. Die neuen organischen Gesetze heben nun die Ausnahme von Beisassen auf, geben den Gemeindegliedern den Namen Bürger, erweitern einigermaßen die Staatsbürgerrechte der Israeliten, bestimmen die Zulassungsfähigkeit der Frankf. Staatsbürger zu den öffentlichen Aemtern u. s. w. Es ist ein sehr mäßiger Vorschritt aus dem Rückschritt unsres Verfassungslebens, aber es ist dennoch ein Zeichen, welche Resultate selbst

der bescheidensten Opposition bei einiger Consequenz noch möglich sind. Nicht als Errungenschaften, sondern als Lichtfünkchen im allgemeinen Nebelgrau inneren Staatslebens begrüßen wir diese Erscheinung. Unserer Zeit ist selbst der geringste derartige Hoffungsstrahl nicht entbehrlich. Denn der Pessimismus auf der einen Seite, das wahrhaft monomaniache Geschrei auf der andern über angebliche Bedrohung der nur sogenannten conservativen Interessen und die darauf basirte Politik sind die gefährlichsten Feinde jeder organischen Weltentwicklung. Ein ruhiges, wenn auch sehr langsames Fortschreiten Frankfurts in organischen Festigungen seines Staatslebens erscheint vornämlich bei den eben herrschenden Zuständen der Nachbarstaaten von keineswegs untergeordneter Bedeutung. Nicht etwa eines unmittelbaren Einflusses halber, sondern der mittelbaren Rückwirkungen wegen, welchen der Geist Frankfurts auf weite Landstrecken übt. Es ist darum auch keineswegs zufällig, wenn wir in den Organen des Ultramontanismus und gewisser particularistischen Tendenzen die höchst materielle Reichsstadt fortwährend als Lager des Demokratismus demmeist finden. Wer Frankfurt selbst nur ganz oberflächlich kennt, weiß genau, daß in ganz Südwestdeutschland das demokratische Princip vielleicht nirgends weniger Anklang findet, als in der bürgerstolzen und proletarierlosen Bevölkerung unserer Republik. Und eigentlich meinen jene Organe auch gar nicht die Demokratie, sondern jene unbequeme Opposition gegen absolutistische Willkür, welche sich auf Gesetze beruft und mit den Gesetzen in der Hand den Arroganzen des Bajonett- und Kutenwesens entgegenkämpft.

Am merkwürdigsten sind aber die Vertreter des geistlichen und administrativen Absolutismus, wenn sie ungescheut zu den Mitteln der Demagogie greifen, falls sie für ihre Zwecke des Volkes und seiner Stimmungen bedürfen. In welcher Art die oberrheinischen Bischöfe vorschreiten, ist bekannt. Welche Macht sie eben durch die gänzliche Apathie des Volkes gegen die Lage ihrer Regierungen in Baden und beiden Hessen errangen, ist aus den Zeitungen ersichtlich. Nassau und Württemberg konnten entschiedener gegen sie auftreten, da dort die Indifferenz der Bevölkerung gegen die Staatszustände noch keineswegs so schwer lastet wie in andern Staaten, weil in beiden Ländern wenigstens noch der Rest einer unabhängigen Presse mit den Regierungen gegen die römische Bevormundungslust kämpft. Dagegen gehen aber in Darmstadt die Rücksichten bereits soweit, daß man das Steinbild des Stammvaters der Dynastie nicht mit Feierlichkeiten zu enthüllen wagte, weil Philipp der Großmüthige unter den fürstlichen Förderern der Reformation einer der thatkräftigsten war. Andererseits aber darf ein ultramontanes Schmäbblatt ungehindert und in scheinbar officiösem Tone — wenigstens muß man hoffen, daß das officiöse Gepräge nur scheinbar war — die Darstellung der preussischen Circulardepesche über die preussisch-darmstädtischen Differenzen wie ein Gewebe von Lügen behandeln. Und diejenige Zeitung, welche sich so gern als officiöses Organ des Bundestags gerirt, die Fr. Postzeitung,

brachte ihren Lesern den Artikel des Mainzer Journals als gettsame Darstellung des Streites, während sie sich anstellte, als sei jenes veröffentlichte Circular ein apokryphes Nachwerk.

Jener preußisch-hessische Conflict ist allerdings thatsächlich für das Publicum gleichgiltig; denn durch die preußischerseits erfolgte Beglaubigung des Grafen Berponcher-Sedwitzky bei dem herzogl. Hofe in Nassau und bei der Stadt Frankfurt sind alle möglichen Nachtheile für das Publicum beseitigt. Trotzdem wird die Angelegenheit fortwährend eifrig besprochen und trägt keineswegs dazu bei, dem Dalwigkschen System die allgemeine Stimmung günstiger zu machen. Besonders aber hebt man jetzt die demonstrative Hineineigung zu Frankreich hervor, welche selbst am kleinsten Bundesgrenzlande doppelte Bedeutung gewinnt und hier rein als Folge eines persönlichen Princips auftritt, das in Hessens Bevölkerung weder die leiseste Zustimmung, noch die geringste Veranlassung hat. Daß auch der rheinische Ultramontanismus vorzugsweise seinen Anhalt in Frankreichs jetzigen Zuständen findet, ist bekannt; und so vermuthet man zwischen den Dalwigkschen Neigungen zur Napoleonischen Politik und der auffallenden Zurückhaltung des Gouvernements in Hessendarmstadt gegen die ultramontanen Uebergriffe noch einen tiefern Zusammenhang. Uns einlässlicher darüber auszusprechen, verbieten leider die heutigen Preßzustände. Berdenken konnte man es aber jedenfalls unter solchen äußern Verhältnissen dem Publicum keineswegs, wenn es auch jene officielle Betheiligung des Ministers v. Dalwigk, der höhern Beamten und vieler Offiziere an der Napoleonsfeier, welche der französische Gesandte veranlaßt hatte, nicht als unbefangene Höflichkeit, sondern als Symptom einer bestimmten Richtung ansähe. Der Eindruck war allenthalben mehr als peinlich.

Hier in Frankfurt wäre der Tag wol ganz unbemerkt vorübergegangen, wenn nicht das Geläute des Doms daran erinnert hätte. Dagegen erfreute man sich an dem Fackel- und Illuminationsganz, welchen die hiesige österreichische Garnison am Vorabend des Geburtstages ihres Kaisers entwickelte. Eine Parade und Feldmesse folgte am Geburtstage selbst, dessen diplomatische Begehung wegen einer Besuchsreise des Hr. v. Prokesch zu seinen Verwandten in Baden diesmal unterblieb. Von Freiburg ist Hr. v. Prokesch nach Paris gegangen, um die Endwochen der Bundestagsferien zu einer Reise nach Oestreich zu benutzen. Man glaubt, daß der in den orientalischen Angelegenheiten so bewanderte Staatsmann mit dieser Reise politische Zwecke verbinde, welche sich auf eine noch engere Consolidirung der österreichisch-französischen Allianz beziehen. In wie weit man recht hat, mag unentschieden bleiben. Jedenfalls hat die Conjecturalpolitik um so mehr Raum, je verlassener gegenwärtig unsere Stadt von den diplomatischen Elementen ist, deren Aeußerungen sonst wol einigen Anhalt geben. Sogar die Ausschüsse haben ihre Arbeiten ausgesetzt und soviel bekannt, ist der bairische Gesandte, Hr. v. Schreck, ziemlich allein vom ganzen Bundestag zurückgeblieben.

Eine ganze Reihe keineswegs unwichtiger Gegenstände werden aber die Thätigkeit des Bundestages sofort nach seiner Wiedereröffnung in Anspruch nehmen. Mehre davon traten schon früher bedeutsam hervor, während sie neuerdings wieder einigermaßen zurückgestellt blieben.

Darunter nennen wir zunächst das Bundespressgesetz. Manche Zeitungen stellen die Uebereinstimmung sämmtlicher Bundesregierungen in dem vom bayerischen Gesandten neu bearbeiteten Entwurfe als eine zweifellose Sache hin. Darin irrt man bestimmt. Denn formell hat allerdings die neue Bearbeitung der norddeutschen Aufstellung in manchen Punkten entsprochen, dagegen keineswegs essentiell. Zugleich darf man nur die thatsächliche Haltung der Behörden in Süd- und Norddeutschland gegen die Presse beachten, um zu erkennen, daß für manche Bestimmungen des neuen Entwurfs eine Gleichmäßigkeit im ganzen Bundesgebiet zu den Unmöglichkeiten gehört. Stimmeneinhelligkeit, nicht bloß Stimmenmehrheit, ist aber die nothwendige Bedingung, woran überhaupt ein Zustandekommen des Bundespressgesetzes geknüpft ist. Wie schwer, fast unmöglich deren Erreichung in allen, das Einzelrechtsleben der Staaten berührenden Angelegenheiten zu erreichen ist, zeigen schon die Verhandlungen über gegenseitige Verbrecherauslieferung. Wie nun vollends bei einer Frage, welche die höchsten geistigen Interessen jedes Staates umfaßt! — Eine andere Angelegenheit von allerhöchster Wichtigkeit ist die Reintegrirung der Bundesfonds. Die preussische Denkschrift darüber ist in ihren Resultaten bereits von vielen Zeitungen dargelegt worden. Sie bezeichnet den einzig möglichen Weg, nämlich die Erfüllung der pecuniären Bundesverpflichtungen von Seite jener Staaten, welche noch mit ihren Matrifularzahlungen für die Flotte und die Verpflegung der Reichstruppen im Rückstande sind. Dies betrifft ganz vorzugsweise die südlichen Bundesstaaten. Wir werden also sehen, ob die in diesen so oft und so speciell für sich beanspruchten patriotischen Gesinnungen sich durch Erfüllung ihrer zweifellosen Bundespflichten bewähren. Eine mehr innere Angelegenheit der Bundesversammlung ist die beantragte Revision und definitive Feststellung der Geschäftsordnung. Die bisher gehandhabte wurde 1816 nur provisorisch aufgestellt und gibt dem Präsidium so tiefeingreifende Machtbefugnisse, daß darin in der That von einem Principe der Gleichberechtigung nicht die Rede ist. Zugleich zielt die von Preußen befürwortete Reform auf bedeutende Ersparungen im Personal und sehr wesentliche Vereinfachungen des Geschäftsganges. — Außer diesen Angelegenheiten werden auch die Fragen des Bundeskriegswesens wieder in den Vordergrund treten. Nachdem man früher von gewissen Seiten die Bewilligung unverhältnißmäßiger Summen für kolossale, aber nicht drängende Erweiterungen der Werke von Ulm und Rastadt wie eine nationale Lebensfrage zu drapiren versuchte, ist es auffallend genug, daß dieselben Stimmen gar so lau sind, nachdem die Gegenforderungen auf Befestigung der vom Bund bisher strategisch ganz unberücksichtigt gebliebenen deutschen Nord-

küsten hervorgetreten sind. Und wahrlich, diese wiegen doch nicht geringer. Wären solche Befestigungen vorhanden, so hätte schwerlich der dänische Protest gegen die österreichische Liquidation von 7,300,000 fl. für die Expedition nach den Nordseeküsten (man begreift hier die Gründe kaum, warum diese Forderung beim Bunde angemeldet und nicht als rein österreichisch-dänische Angelegenheit zwischen den betreffenden Staaten direct verhandelt wurde) sich fast höhnisch darauf zu berufen gewagt, daß jener Zug ein Heerzug des Kaisers gegen Preußen gewesen sei! Schweigt auch, solchen Aeußerungen gegenüber, jener „nationale“ Patriotismus, welcher Norddeutschlands Vaterlandsgefühl verdächtigte, weil die nördlichen Staaten nicht gewillt waren, doppelt für Ulm und Rastatt zu zahlen, während die Nichterfüllung der pecuniären Bundesverpflichtungen einzelner Bundesglieder die Festungskassen erschöpft hatte? — Die von Oestreich, Bayern &c. so lebhaft befürwortete technische Commission neben der Bundesmilitärcommission scheint wenig Chancen für sich zu haben. Dies einestheils ihrer unklaren Stellung halber, da man nicht ersehen kann, ob sie blos beirathend oder selbstständig (also unabhängig von der Militärcommission und dem Bundestag) eintreten und wirken soll; andertheils deshalb, weil sie unnöthig erscheint und in ihrer Zusammensetzung eine Gleichvertretung nördlicher Interessen mit den südlichen kaum durchführbar macht.

Mus Konstantinopel.

22. August.

Man möge die Lage Europas auffassen, wie man wolle, nicht zu leugnen ist, daß sturmerfüllte Wolken mehr und mehr am Horizonte aufsteigen und ein großes, politisches Gewitter, dessen Vorschwüle wir seit Jahren empfunden, endlich zur Entladung kommen kann. Blicke indeß auch der Frieden erhalten, so würde das Jahr 1853 nichts destoweniger seinen bedeutenden Platz in der Geschichte unserer europäischen Welt einnehmen, weil ein großer Gegensatz, der im Volksleben des Welttheils früh empfunden worden ist, aber fast unbegreiflicher Weise in den höheren Sphären nie zuvor Geltung gewann, heute zum ersten Male einen politischen Ausdruck gefunden hat; ich meine den Gegensatz zwischen Westen und Osten, zwischen dem civilisirten Europa auf der einen Seite und Rußland, dem uncivilisirten, auf der anderen.

Die orientalische Frage mußte sofort eine andere Gestalt gewinnen, nachdem dieser Gegensatz proclamirt war; und alles spricht dafür, daß Rußland am mindesten auf eine derartige Wendung gefaßt war. Es hielt dieselbe, nämlich die Auflösung der nordischen Triple-Allianz mit Oestreich und Preußen für so un-